

Schreiber, Klaus, Berlin, Bundesrepublik Deutschland

VON DER "ALTEN" ZUR "NEUEN" POLITIK - DIE RAKETEN-DISKUS-  
SION ALS MOTOR DES SOZIO-KULTURELLEN WERTEWANDELS

Z u s a m m e n f a s s u n g :

Zur Zeit konzentriert sich die politische Auseinandersetzung in der Bundesrepublik Deutschland auf die Folgen der technologischen Entwicklung, die in den nächsten Jahren zu einer Massenarbeitslosigkeit führen wird, wenn nicht die Arbeitszeit generell drastisch gekürzt und flexibler gestaltet wird. Wie aus einer von der Hochschule der Künste Berlin, Institut für Gesellschafts- und Wirtschaftskommunikation, 1983 bei 500 Personen aus allen Teilen der Bundesrepublik durchgeführten Studie hervorgeht, ist dies die Fortsetzung einer grundsätzlichen Auseinandersetzung um die Durchsetzung der Geltung "neuer" sozio-kultureller Werte als Leitvorstellungen der Politik, die mit der Raketen-Diskussion in breiten Bevölkerungskreisen in Gang kam. An diesem Prozeß des sozio-kulturellen Wertewandels mitzuwirken, ist die Pflicht einer verantwortungsbewußten Wissenschaft.

"Alte" und "neue" (oder "alternative") Politik sind Begriffe der neueren politischen Theorie.

"Alte" Politik, das steht für ...

- ... ökonomisches Wachstum als Instrument des sozialen Ausgleichs (aber um den Preis der Plünderung unseres Planeten und der Zerstörung des ökologischen Gleichgewichts),
- ... Ausbeutung der 3. Welt (beschönigt als "internationale Arbeitsteilung"),
- ... Repression nach innen (motiviert als Maßnahmen zur Gewährung der "inneren Sicherheit"),
- ... Druck nach außen (begründet als Notwendigkeit zur "Verteidigung der Freiheit gegen den Kommunismus").

Die "neue" Politik setzt dagegen ...

- ... Schutz der Umwelt und ökologische Kreislaufwirtschaft (z. B. Sonnen-Energie statt Atom-Energie),
- ... Aussöhnung bzw. Verständigung zwischen den Völkern (insbesondere Abrüstung und Interessenausgleich mit der 3. Welt),
- ... Politische Mitbestimmung, Gleichberechtigung (insbesondere der Frau), alternative Lebensmodelle,

... gewaltfreie Politik (z. B. soziale Verteidigung statt Aufrüstung).

Die politische Diskussion der letzten Jahre in der Bundesrepublik Deutschland spitzte sich auf die Frage zu, ob die neuen Raketen entsprechend dem Nato-Beschluß von 1979 aufgestellt werden sollen oder nicht. Inzwischen hat der Bundestag positiv entschieden, wurden die ersten neuen Raketen in Stellung gebracht. Die Rüstungsthematik tritt in der öffentlichen Auseinandersetzung zurück, im Vordergrund stehen jetzt die Probleme der Arbeitsplatzsicherung. Damit ergibt sich die Frage, ob die Raketen-Diskussion die politische Landschaft im Sinne der "neuen" Politik veränderte oder aber - wie viele Beobachter annehmen - letztlich nur ein Strohfeder ohne nachhaltige Wirkung auf die Einstellungen der Menschen war.

Auskunft hierüber kann die empirische Sozialforschung geben. Diese ist aber gerade beim Thema "Nachrüstung" gründlich in Verruf geraten. Ein Drittel oder zwei Drittel für oder gegen die Raketen - jedes beliebige Ergebnis war auf dem "Markt für Demoskopie" käuflich. Wer dessen Struktur kennt, wundert sich nicht, denn wenige große Forschungsinstitute beherrschen den Markt und konkurrieren gleichzeitig heftig um Marktanteile. Infolgedessen strukturiert das Verwertungsinteresse des Kunden leicht in ähnlicher Weise die Methode wie die Schere im Kopf des zur "Ausgewogenheit" verpflichteten Fernsehredakteurs die Sendung.

Ein Forschungsseminar an der Hochschule der Künste Berlin im Studiengang Gesellschafts- und Wirtschaftskommunikation setzte sich das Ziel, dieses Problem zu konkretisieren. Thema der Studie: Nachrüstung/Friedensbewegung (aus befragungspsychologischen Gründen wurden weitere Fragen über Arbeitslosigkeit/Wirtschaftswachstum gestellt). Ganz bewußt wurden zwei gegensätzliche Frage-Modelle parallel zueinander bei jeweils etwa 500 Personen aus allen Teilen der Bundesrepublik ausprobiert. Dementsprechend auch zwei Ergebnisse: einmal 34 Prozent, einmal 62 Prozent Zustimmung zur Nachrüstung. Realistischer ist das zweite Ergebnis.

Dieser Schluß ergibt sich aus einer allgemeinen Regel, die bei der Analyse des Untersuchungsmaterials entdeckt wurde. Knüpfen Frageformulierungen an die Sichtweise der "alten" Politik an, bedeutet eine unentschiedene Stellungnahme ein abgeschwächtes "Ja"; drückt umgekehrt eine zur Beurteilung vorgelegte Aussage die Sicht der "neuen" Politik aus, bedeutet "Unentschieden" ein abgeschwächtes "Nein". Diese Regel ist sozialpsychologisch sehr einsichtig; beim ersten Fragemodell war sie nicht angemessen berücksichtigt worden, so daß Verzerrungen zu Ungunsten der Nachrüstung entstanden.

Die Motivationszusammenhänge, von denen der Grad der Zu-

stimmung zur "Nachrüstung" beeinflusst wird, bilden eine Guttman-Skala. Für jede Stufe einer Skala dieses Typs ist charakteristisch, daß in ihr alle darunterliegenden Stufen (mit Ausnahme der Rest-Kategorie) mit enthalten sind. Die Stufen der zur Erklärung der Nachrüstungsbeurwortung konstruierten Guttman-Skala werden - das überraschte zunächst - nur teilweise durch Aussagen gebildet, die zum Themenkreis "Nachrüstung/Friedensbewegung" gehören. Das Ergebnis wird aber im Lichte einer Faktorenanalyse völlig verständlich, die aufzeigt, daß sich die Stellungnahmen der Befragten themenübergreifend - also auch bei den Fragen zum Thema "Arbeitslosigkeit/Wirtschaftswachstum" - zwei Hauptfaktoren zuordnen, die sich als Sichtweise der "alten" bzw. der "neuen" Politik interpretieren lassen.

Größte Zustimmung (94 Prozent) findet die "Nachrüstung" unter Befragten, die die "alte" Politik aggressiv nach außen vertreten: Die Sowjetunion soll unter Druck gesetzt werden, der Atomkrieg muß zur Verteidigung der Freiheit riskiert werden (18 Prozent der Stichprobe).

Die Zustimmung nimmt leicht, aber noch nicht entscheidend ab (auf 74 Prozent), wenn die Aggressivität nach außen fehlt, die Befragten aber eine rigorose Verteidigung ihrer ökonomischen Position verlangen: Zur Sicherung von Arbeitsplätzen muß auf Umweltschutz notfalls verzichtet werden, ist Rüstung ein gutes Instrument (32 Prozent der Stichprobe).

Eine mittlere Position (57 Prozent Zustimmung zur "Nachrüstung") nehmen Befragte ein, bei denen keine aggressiv-rigorose Befürwortung der "alten" Politik festzustellen ist, die aber dennoch Ängste vor dem Kommunismus ausdrücken: Polen zeigt die Aggressivität der Sowjetunion, die Friedensbewegung ist kommunistisch unterwandert (30 Prozent der Stichprobe).

In der Minderheit (30 Prozent Zustimmung) befindet sich die Nachrüstungspolitik auf der zweituntersten Stufe der Skala. Sie wird durch Befragte gebildet, die frei von antikommunistischen Aggressionen oder Ängsten sind und auch rigorose Maßnahmen zur Sicherung der Arbeitsplätze ablehnen, aber Investitionen in der Erwartung befürworten, daß dies die Arbeitslosigkeit verringert (13 Prozent der Stichprobe).

Ganz gering ist die Zustimmung zur "Nachrüstung" (14 Prozent) bei der Restgruppe der Befragten. Hier handelt es sich um jenen Teil der Bevölkerung, der sich völlig von den überkommenden Beurteilungszusammenhängen der Politik gelöst hat - die Anhänger einer "neuen" Politik (7 Prozent der Stichprobe).

Die mehr oder weniger große Befürwortung der "alten" Politik bis hin zu ihrer völligen Ablehnung hängt mit den

allgemeinen sozio-kulturellen Wertprioritäten der Befragten zusammen. Der amerikanische Soziologe Ronald Inglehart hat schon vor vielen Jahren die (teilweise falsch begründete) These aufgestellt, daß sich in den Industriegesellschaften ein Wertewandel vollzieht, den er etwas mißverständlich als Übergang von materialistischen zu postmaterialistischen Wertprioritäten bezeichnet. Inglehart führte dazu zahlreiche international vergleichende Untersuchungen durch und entwickelte einen Index, der auch in die HdK-Studie übernommen wurde. Die oberste und die unterste Stufe der Motivationsskala bilden Kontrastgruppen, die nach dem Inglehart-Index extrem materialistisch bzw. postmaterialistisch sind. Die Befürwortung einer "neuen" Politik ist demnach Ausdruck einer "neuen" Werthaltung der Menschen.

Was folgt aus der HdK-Studie für die Zukunft? Ausgangspunkt der Überlegungen ist die Feststellung, daß viele Menschen, die sonst noch auf dem Boden der "alten" Politik stehen, die "alte" Rüstungspolitik inzwischen ablehnen. Die Friedensbewegung hat also die Bevölkerung für eine "neue" Politik in erstaunlichem Umfang mobilisiert. Dies ist in Verbindung mit dem allgemeinen sozio-kulturellen Wertewandel zu sehen, der sich in der Auseinandersetzung um eine "neue" Rüstungspolitik politisch konkretisiert hat. Die sich ausbreitende Zustimmung zu einer "neuen" Rüstungspolitik könnte daher Ausgangspunkt einer grundsätzlichen Umorientierung weiter Bevölkerungskreise sein - falls die Vertreter einer "neuen" Politik jetzt nicht in der falschen Annahme, gescheitert zu sein, resignierend aufgeben.

Zur Zeit konzentriert sich die politische Auseinandersetzung auf die Folgen der technologischen Entwicklung, die in den nächsten Jahren zu einer Massenarbeitslosigkeit führen wird, wenn nicht die Arbeitszeit generell drastisch verkürzt und flexibler gestaltet wird. Hier geht es um die Durchsetzung der Sichtweise der "neuen" Politik im Bereich der Wirtschaftspolitik. Der sozio-kulturelle Wertewandel aktualisiert sich jetzt also politisch im Kampf um die 35-Stunden-Woche. Dabei handelt es sich um die Fortsetzung der grundsätzlichen Auseinandersetzung zur Durchsetzung "neuer" Werte in unserer Gesellschaft, die durch die Raketen-Diskussion breit in Gang gekommen ist.

Im Untersuchungsmaterial der HdK umfassen die beiden oberen Stufen der Skala genau 50 Prozent der Befragten. Man wird damit rechnen müssen, daß diese aggressiv-rigorosen Anhänger einer "alten" Politik der "neuen" Politik erbitterten Widerstand entgegensetzen werden. Nur mit sehr großen Anstrengungen wird also eine knappe Mehrheit für eine "neue" Politik, die "neuen" sozio-kulturellen Werten politisch Geltung verschafft, zu gewinnen sein. Daran mitzuwirken, ist auch Pflicht einer sich ihrer Verantwortung bewußten Wissenschaft.